

„So wird der Etat nicht genehmigt“

Experten schenken Haushaltspolitikern reinen Wein ein

Vor den Haushaltsberatungen legten externe Experten die roten Zahlen schonungslos auf den Tisch. Sie zeigten die Stellschrauben auf, die Eltern, Vereinen und Grundstücksbesitzern bei jeder Umkehrung wehtun werden.

VON F. SALTENBERGER

Neu-Anspach. Ganz aktuell waren die Zahlen zwar nicht mehr, doch die Ergebnisse eines Beratungsgesprächs zur Haushaltssituation der Stadt vom März 2016 haben zwei Fachleute vom Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit, Joscha Rasch und Claus Spandau, dem Haupt- und Finanzausschuss dennoch dessen ungeachtet vorgetragen, noch ehe dieser am Samstag die Beratungen zum Haushalt 2017 aufnehmen konnte.

Orientierungspunkte zur Standortbestimmung waren dabei vielfach Vergleiche mit Kommunen entsprechender Größe, und die erbrachten die generelle Erkenntnis: „Die Finanzsituation ist erheblich schlechter als in Vergleichskommunen“, so Spandau, und das habe auch etwas mit der Erb- last zu tun, welche die heutigen Verantwortlichen zu tragen hätten. Dies erfordere Maßnahmen, die über ein Konsolidierungsmaß in anderen Gemeinden hinausgehen müssten. „Das schlimmste sind die Kassenkredite“, erklärte Spandau. Ziel müsse deshalb der Schuldenabbau sein, denn es bestehe zusätzlich das Risiko steigender Zinssätze. Der Stand im März 2016

war eine Pro-Kopf-Ver- schuldung der Neu-Anspacher von rund 3900 Euro, die sich auf 2800 Euro Investitionskredite und 1100 Euro Kassenkredite verteilen. Aber es gab auch gute Botschaften. So die, dass es in Neu-Anspach eine gute Einkommensstruktur bei den Einwohnern gibt. Die Menschen seien hochqualifiziert, hätten entsprechend gute Einkommen und eine hohe Kaufkraft. Das gelte es aber bei der Entwicklung der Altersstruktur im Auge zu behalten, war ein weiterer Ratschlag der Experten.

Als problematischster Produktbereich stellten die beiden die Kinder-, die Jugend- und die Familienhilfe heraus, die nach der Analyse von 4 Millionen Euro im Jahr 2015 auf über 4,5 Millionen Euro im Planungsansatz 2017 angewachsen sind. „An diesem Produkt müssen Sie arbeiten, ich beneide Sie nicht um diese Aufgabe“, schenkte Span-

dau den Politikern reinen Wein ein. Zu den freiwilligen Aufgaben, die ebenfalls auf dem Prüfstand zu stellen seien, zählen die ebenfalls sonst weiter steigenden Ausgaben der Kultur-, Sport- und Vereinsförderung – einschließlich der Bürgerhäuser und des Schwimmbads. Größter Batzen sind die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen für die Dorfgemeinschaftshäuser in Höhe von über 600000 Euro 2015.

Bei der Verbesserung der Situation sagte Spandau: „Wir empfehlen keine Rasenmäher-Methode, sondern das Drehen an den relevanten Stellschrauben.“ Das sei neben den Ausgaben in den hochdefizitären Produktbereichen die Anhebung der Grundsteuer B: „Rein rechnerisch könnte das Plandefizit allein über die Anhebung der Grundsteuer B ausgeglichen werden, und dann wäre Neu-Anspach immer noch unterhalb der aktu-

ellen Höchstsätze vergleichbarer Kommunen in Hessen“, heißt es im Bericht. 2015 betrug der Neu-Anspacher Hebesatz 540 Prozent, der Höchstsatz lag bei 960 Prozent. Ein Anhebung um 10 Prozentpunkte würde rund 57000 Euro Ertrag bringen. Eine weitere Stellschraube ist die Gewerbesteuer. Da zielte die Empfehlung auf 380 Prozentpunkte. Dies würde, so die Experten, Einzelunternehmen und Personengesellschaften nicht belasten, da die Belastung bis zu dieser Höhe die tarifliche Einkommenssteuer mindere.

Gerade über die Gewerbesteuer wurde in der folgenden Beratung des HFA ausgiebig diskutiert, dabei hatten die Ausschussmitglieder sicher die Prophezeiung Spandaus im Ohr: „So wird der Haushalt nicht genehmigt werden.“ Dieser weist im ordentlichen Ergebnis ein Defizit von rund 2,2 Millionen Euro aus.



Joscha Rasch (links) und Claus Spandau führten als externe Experten dem Ausschuss noch einmal den Ernst der Lage vor Augen. Foto: Saltenberger

Jetzt soll es für alle teurer werden

Die Haushaltsberatungen kommen voran. In konstruktiven Debatten, so die einhellige Einschätzung der beteiligten Parteien und Wählergruppen, wurden zahlreiche Beschlüsse gefasst, welche die Steuer- und Gebührenzahler weiter belasten. Daran führt auch kein Weg vorbei.

Neu-Anspach. Am Samstag wurde nachgeholt, wozu im Dezember des vergangenen Jahres die Fraktionen der SPD, der b-now und der Linken noch nicht bereit waren. Sie brauchten noch Zeit, um Fragen zu stellen, und diese wurden inzwischen schriftlich eingereicht und von der Verwaltung beantwortet. Zusätzlich brachte die Präsentation einer externen Beratung (Lesen Sie dazu Text oben) die Ausschussmitglieder auf einen erweiterten Sachstand, so dass den Beratungen jetzt nichts mehr entgegensteht.

Nach einem kurzen Geplänkel über Nachteil und Nutzen der Verzögerung ging es unter der Leitung von Ulrike Bolz (CDU-Fraktion) auch endlich los, und in einem ersten Fazit nach der Abarbeitung der sogenannten Umsetzungsmatrix äußerten sich die Fraktionsvorsitzenden positiv: Es sei ein konstruktives Arbeiten gewesen, sagten sie.

Auch die kritischen Produktbereiche wurden ausführlich beleuchtet und Vorschläge gemacht und dabei tauchte so mancher Vor-

schlag der Verwaltung wieder auf. So die Beteiligung der Vereine an den Betriebskosten der Gemeindefachrichtungen. 10 Euro pro aktivem Mitglied und Jahr hatten die Vereine mit den Politikern zuletzt vereinbart, aber das wird nicht reichen. Karin Birk-Lemper (FWG-UBN) forderte, die Diskussion noch einmal mit den Vereinen zu führen. Viel Spielraum besteht allerdings nicht, denn jetzt sind 30 Euro pro Kopf und Jahr angesagt. Das war der Verwaltungsvorschlag, und den war auch die b-now bereit mitzutragen. „Wir zahlen aus dem Haushalt 200 Euro pro Mitglied“, erklärte Bürgermeister Klaus Hoffmann (CDU) dazu. Hermann Schaus (Linke) und Sandra Zunke (SPD) waren mit einer weiteren Belastung der Vereine und Bürger nicht einverstanden, und selbst Corinna Bosch (CDU) wollte nicht mehr entgegenstehen.

Bei der Kinderbetreuung tun sich die Politiker weiter sehr schwer, denn keiner will die Gebühren über die schon beschlos-

sen zehnpromtente Anpassung erhöhen. Mehrheitlich aber wurde gegen die Stimmen von SPD und dem Vertreter der Linken die Abschaffung der Geschwisterregelung beschlossen, so dass künftig für alle Kinder einer Familie das Gleiche zu zahlen ist, wobei eine Sonderregelung nicht ausgeschlossen wurde. „Hohe Kosten, wenig Einfluss“, so sehen die Grünen die Situation bei den beiden konfessionellen Kitas Westerfeld und Hausen und schlugen vor, eine Zusammenlegung zu prüfen, eventuell sogar an einem neuen Standort. Dem wurde einstimmig zugestimmt mit der Ergänzung, die Eltern einzubeziehen.

Zu prüfen hat die Verwaltung noch mehr, so auf Antrag der Grünen, ob eine Schließung der DGHs Rod am Berg und Hausen möglich ist oder für beide neue Nutzer gefunden werden können. Auch das fand eine Mehrheit jenseits der zwei Stimmen von Schaus und Zunke. Jenseits der Bemühungen des Arbeitskreises Gaststätte Waldschwimmbad, diese in einer Bürgergesellschaft zu führen, wurden 15000 Euro mit Sperrvermerk bereitgestellt, um die Versorgung durch einen Kiosk für die kommende Saison aufrechtzuerhalten.

Kontrovers diskutiert wurde auch die Gewerbesteuer. Hier zeigten Birger Strutz und Reinhard Gemander von der CDU äußerste Zurückhaltung und wollten von 360 ausgehend nur eine stufenweise Anpassung mittragen. Sowohl Jürgen Göbel (SPD) als auch Hermann Schaus sprachen sich für die von den Experten zuvor genannten 380 Prozentpunkte aus, und Klaus Golinski (b-now) erklärte: „Wenn Eltern 10 Prozent Kindergartengebühren mehr zahlen sollen, sind 365 zu wenig!“ Auch Gudula Bohusch (FWG-UBN) waren 380 zu viel, denn alle, die für weniger plädierten, fürchten, dass die Stadt dann gegenüber den Nachbarkommunen an Attraktivität verlieren könnte. Schließlich setzten sich die Befürworter der 380 Prozentpunkte aus den Reihen der SPD, Linke und b-now mit 6 Stimmen durch. fms



So sehen Siegerinnen aus: Laura, Jacqueline und Veronika haben es ins Finale geschafft. Da kommen aber noch andere hinzu. Fotos: Saltenberger

„Diese Stimmen wollen wir hier“

Wer wird die zweite „Voice of Taunus“? Drei junge Frauen haben sich schon einmal für das Finale qualifiziert...

VON FRANK SALTENBERGER

Neu-Anspach. Schon früh füllten sich die besten Plätze an der Theke und auf den Hockern rund um die Tische im Musiklokal Fat Jack's, dem Austragungsort des „Voice of Taunus“-Wettbewerbs. Alle erwarteten einen spannenden Abend und eine Menge Partyspaß, denn Publikum, Veranstalter und Teilnehmer verstehen den Songcontest nicht als eine bierernste Sache, obwohl es einen vielversprechenden Hauptpreis gibt – nämlich einen auf den Leib geschneiderten Titel.

Veranstalter ist das Musiklokal unter der Regie der Gruppe „Nameless“ um Frontmann Norbert Rosengarten, der den Abend auch moderierte. Statt großer Worte ließen er und „seine Mädels“, wie er die Jungs an seiner Seite nennt, die Saiten sprechen, und zusammen heizten sie die Stimmung mit Rockklassikern an. Aber dann wurde es Zeit, die Kandidaten vorzustellen. Zehn waren geplant und angemeldet, aber die Grippewelle hatte die Liste auf sieben Kandidaten schrumpfen lassen. Sandra musste als erste ran. Die Technik hatte noch Anlaufschwierigkeiten, doch Sandra schlug sich dennoch sehr gut, bekam aber die Chance, später noch einmal nachzubessern. Dann sprang Rapper Thorsten auf die kleine Podest-Bühne, und der war mit Jacke und Mütze auch gekleidet wie ein Rapper, zog nur die Jacke aus und die erste Show-Nummer ab: Die Klangfolie kam

von Stick, und dazu reimte er den Text und trug ihn in einem Tempo vor, dass man kaum folgen konnte. Und dann erfuhr das Publikum auf Nachfrage der Jury, dass Thorsten den Text aus dem Stegreif erfindet.

Gemächlicher ging „Balou“, Andreas Dietz, an die Sache heran, und das gemächliche Tempo symbolisierte als Kontrast zur Rappermütze schon seine Batschkappe. „The Wanderer“ war sein Song, aber auf der Tonleiter war er nicht immer trittsicher, und das entging auch der Jury nicht. „Aber Spaß hat es gemacht“, waren sich alle einig, und das Publikum feierte auch ihn wie einen Champion.

Laura war dann ein erster Höhepunkt: „Das sind die Stimmen, die wir hier wollen“, bekam sie gleich eine positive Rückmeldung von Reinhard Schlosser. Der bildete mit Bernd Schütz und Viola Tamm, alle drei Profis aus dem Musikgeschäft, die Jury. Laura hatte einen Song von Rihanna, „California King Bed“, mitgebracht und der passte hervorragend zu ihrer Stimme, meinte Bernd Schütz.

Song selbst geschrieben

Und die Jury bekam noch weitere Stimmen wie sie sich vorgestellt hatte. Jacqueline aus der Wetterau gehörte dazu. Sie trug nicht nur wie Laura einen zu ihr passenden Song vor, sondern hatte den auch noch selbst geschrieben, was ihr zusätzlich Respekt einbrachte.

„Die Performance war gut“, so konnte man die Reaktionen auf den Beitrag von Swetlana zusammenfassen, die ein volkstümlich klingendes Lied auf Russisch vortrug und beim Tanzen gekonnt ihren langen bunten Rock wedelte.



Swetlana tanzte und sang russisch, kam aber nicht weiter.

Dann aber kam Veronika, und die hatte einen starken Fanblock im Publikum. Den hätte sie zum Weiterkommen allerdings gar nicht gebraucht, denn sie überzeugte auch das übrige Publikum und vor allem die Jury mit einem Hit von Adele. Und zum Schluss noch einmal Sandra, die zwar erneut gefiel, aber ihren Bonus nicht weiter ausbauen konnte.

Dann zogen sich die Juroren zur Beratung zurück, und das dauerte seine Zeit. „Nameless“ drehten aber noch einmal richtig auf und schafften es sogar, einige zum Tanzen zu bewegen.

Nach geraumer Zeit kamen die drei zurück und Viola Tamm sagte überraschender Weise: „Wir brauchen gar nicht solange, um zu einer Entscheidung zu kommen.“ Bernd erklärte, dass – ohne eine Rangfolge – drei weiterkommen und rief

als erstes Lauras Name auf, der bejubelt wurde. Viola Tamm gab den zweiten Namen preis, Jacqueline, und auch damit war das Publikum einverstanden. Reinhard Schlosser kam kaum zu Wort, denn der Fanblock wartete schon ungeduldig auf den Namen „Veronika“ und stimmte schon einen Sprechchor an. Den Namen hatte Schlosser aber schon längst auf dem Zettel stehen.

Die Auswahl der Jury war sicher ganz im Sinne des Publikums, aber auch die ausgeschiedenen Teilnehmer bekamen noch einmal reichlich Applaus, und Rapper Thorsten wurde sogar ermuntert, bei einer der weiteren Staffeln noch einmal anzutreten.

Das können übrigens alle, die sich berufen fühlen, um den Titel „Vot“ mitzumischen, denn Anmeldungen sind noch immer möglich.



„Balou“ überzeugte mit seinem Outfit, aber nicht mit seinem Gesang.



Viel Spaß hatte das Publikum: Es war mit der Entscheidung der Jury zufrieden und feierte alle Teilnehmer.

Beleidigend und rechtsverletzend

Bürgerliste reicht Dienstaufsichtsbeschwerde ein

Für die b-now gibt es innerhalb der Verwaltung eine Abkürzung, die den Kommunalpolitikern allerdings gar nicht schmeckt. Sie haben deshalb Dienstaufsichtsbeschwerde gegen einen Mitarbeiter eingereicht.

VON EVELYN KREUTZ

Schmitt. Eine solche Art der öffentlichen Beleidigung wollen sich die Mitglieder der „Bürgerliste neue offene Wählergemeinschaft“ (b-now) nicht bieten lassen.

Am 14. Januar hatte der Hauptamtsleiter der Gemeindeverwal-

tung, Heinz-Otto Freiling, über die Presse verbreitet, dass es in der Gemeindeverwaltung Schmittener angeblich eine verunglimpfende Bezeichnung für die Abkürzung „b-now“ gebe: „Bürgerliste-Nörgeln ohne Wissen“. Aus Sicht der b-now-Fraktion ist die Bezeichnung und ihre Veröffentlichung beleidigend und rechtsverletzend. Die Kommunalpolitiker forderten Freiling auf, sich außerhalb der Öffentlichkeit dafür zu entschuldigen.

„Der Vorgang wäre damit für b-now erledigt gewesen“, heißt es in deren Pressemitteilung. Eine Entschuldigung sei jedoch bis heute

ausgeblieben, monieren die Politiker. Deshalb hat die b-now-Fraktion jetzt Dienstaufsichtsbeschwerde beim Schmittener Bürgermeister Marcus Kinkel (FWG) gegen den Hauptamtsleiter eingereicht.

Sollte sich der Bürgermeister nicht um die Dienstaufsichtsbeschwerde kümmern, behält sich die Fraktion weitergehende Schritte „zur Verteidigung der eigenen Persönlichkeitsrechte und zur Aufrechterhaltung des gegenseitigen Respekts und der Fairness im kommunalpolitischen Meinungsaustausch vor“, kündigt Fraktionsvorsitzender Christian Schreiter an.



Heinz-Otto Freiling hat die Bürgerliste verärgert. Foto: Kreutz

Sitzungsunterbrechung

Neu-Anspach. Der Bericht der Experten zur Haushaltslage der Stadt erhöhte den Druck auf die Finanzpolitiker, bei der Suche nach Einsparpotential nicht zu kleckern, sondern zu kloznen.

Der Druck wirkte sich aber nicht nur auf die rauchenden Köpfe aus, sondern verschonte auch andere Organe nicht. Was aber machen, wenn man keine Abstimmung verpassen will und der Blasendruck steigt und steigt?

Peter Jaberg wollte einerseits seine b-now-Fraktion nicht im Stich

lassen, hatte aber andererseits wohl auch ein dringendes Bedürfnis. Deshalb rechte er mitten in der laufenden Debatte unvermittelt beide Arme in die Höhe und beantragte eine Sitzungsunterbrechung. Andere lösten das Problem im stillen Hinausgehen und Wiederkommen und waren deshalb ebenso verwundert wie die Ausschussvorsitzende Ulrike Bolz (CDU-Fraktion). „durchhalterisches Vorbild“ par excellence. Aber schließlich gab man dem Drängen nach und unterbrach antragsgemäß. fms